

Effizienz staatlichen Handels, E-Government, Bürgerbeteiligung

Ein Interview mit Carolin Klingsporn, Projektmanagerin, Liquid Democracy e.V.



Liquid Democracy e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der innovative Konzepte für demokratische Beteiligung entwickelt und umsetzt. Dabei setzt Liquid Democracy e.V. vor allem auf die Potenziale des Internets, um Entscheidungsprozesse zugänglicher zu gestalten. Im schriftlichen Interview zum Thema „Bürgerbeteiligung“ erläutert Carolin Klingsporn die Arbeitsweise und Struktur des Vereins sowie dessen Erfolge.

Was bedeutet „Liquid Democracy“ und wofür steht Ihr Verein?

Die Vision unseres Vereins ist eine demokratische Kultur, in der Mitgestaltung für jede*n selbstverständlich ist. Wir arbeiten auf das Ziel hin, dass Menschen mehr Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglicht wird. Dadurch werden sie als Teil der Demokratie gestärkt und ihre Stimmen und Meinungen auch in den Zeiten zwischen politischen Wahlen gehört. „Liquid Democracy“ heißt übersetzt „flüssige Demokratie“ und bedeutet für uns, dass die Barrieren für Mitsprache abgebaut und die Grenzen zwischen Regierenden und Regierten „verflüssigt“ werden.

Um unsere Vision zu erreichen nutzen wir die Potenziale der Digitalisierung und entwickeln unsere eigene Partizipationssoftware. Die Digitalisierung ermöglicht Kommunikation unabhängig von Standort und Zeitpunkt. Mithilfe digitaler Werkzeuge können politische Diskurse im Internet öffentlich und mit einer großen Anzahl an Bürger*innen geführt werden. Da heute in Deutschland die große Mehrheit das Internet nutzt, steht das Angebot, sich online zu beteiligen, nahezu jedem offen. Online-Partizipation schafft Transparenz über das Handeln von Politik und Verwaltung und gibt Raum für Mitsprache. Somit ist sie ein großes Potenzial für unsere Demokratie, insbesondere vor dem Hintergrund eines wachsenden Misstrauens gegenüber den zur Wahl stehenden Repräsentant*innen.

Wie dürfen wir uns ihr Geschäftsmodell vorstellen, worin begründet sich die Gemeinnützigkeit Ihres Vereins und wie erklären Sie sich Ihren eigenen Erfolg?

Wir sind ein unabhängiger Verein, der als eine ehrenamtliche Initiative begonnen hat, überzeugt von der demokratiefördernden Kraft des Internets. Heute finanzieren wir uns über Zuwendungen und Drittmittel für unsere gemeinnützigen Projekte sowie über Aufträge und zu einem geringen Teil aus Mitgliedsbeiträgen. Derzeit beschäftigt der Verein 15 Personen.

Unsere Arbeit ist nicht auf Profit ausgerichtet, sondern auf die Förderung der Demokratie. Die von uns entwickelte Software Adhocracy ist eine Open-Source-Software, dessen Quellcode einsehbar und zugänglich für alle ist (einzusehen unter <https://github.com/liqd>). Dies ermöglicht auch anderen Organisationen oder Initiativen die Umsetzung eigener Online-Partizipationsprojekte. Zugleich profitieren die Beteiligungsprojek-

te voneinander. Denn Adhocracy wird stetig weiterentwickelt und neue Funktionen, die für ein Projekt entwickelt wurden, können auf andere Projekte übertragen werden.

Wir sind ein interdisziplinäres Team, das verschiedene Kompetenzen vereint: Bei uns arbeiten Politikwissenschaftler*innen zusammen mit Software-Entwickler*innen und Designer*innen mit Beteiligungsexpert*innen. Seit unserer Gründung im Jahr 2009 wurde unsere Software von einer großen Bandbreite an Partner*innen genutzt: von Verwaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, politischen Parteien und internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen sowie kleinen lokalen Initiativen.

Worum geht es bei Ihrem Projekt „meinBerlin“? Wie trägt das Projekt dazu bei, dass sich die Kommunikation zwischen den Berliner*innen und ihrer Verwaltung heute effizienter gestaltet? Welche konkreten Erfolge lassen sich verzeichnen?

MeinBerlin ist die zentrale Beteiligungsplattform des Landes Berlin. Über meinBerlin können interessierte Bürger*innen ihre Meinungen und Ideen zu Projekten der Verwaltung einbringen. Weil alle Online-Beteiligungsverfahren der Berliner Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene auf einer Plattform gebündelt werden, sind sie leicht auffindbar und allgemein zugänglich. Für die Bürger*innen bedeutet das die Möglichkeit, sich nicht nur über Projekte der Verwaltung zu informieren, sondern die Gestaltung ihrer Stadt aktiv zu beeinflussen. Über meinBerlin ist dies auf sehr einfachem Wege und ohne großen zeitlichen Aufwand möglich.

Für die Verwaltungsmitarbeiter*innen bedeutet meinBerlin, dass sie schneller und günstiger als zuvor Online-Beteiligungsverfahren durchführen können. Denn die Plattform bietet standardisierte und erprobte Beteiligungsvorlagen an, die von den Mitarbeiter*innen ausgefüllt und freigeschaltet werden können. So kann die Verwaltung eigene Ideen, Planungen und Textentwürfe diskutieren und bewerten lassen. Sie kann aber auch Ideen der Bürger*innen sammeln und auf Karten verorten lassen, Umfragen erstellen oder zu Veranstaltungen einladen. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen wurde in die Plattform integriert.

MeinBerlin ist seit 2015 online. Seit dem haben sich über 10.000 Menschen registriert. In über 260 Projekten haben sie über 3.000 Ideen und 8.000 Kommentare geschrieben und über 33.000-mal abgestimmt (Stand Januar 2019). Aber der Erfolg zeigt sich nicht unbedingt in den Statistiken. Von größerer Bedeutung ist die Qualität der Beiträge, die auf meinBerlin ein hohes Niveau zeigt. Die Verwaltung erhält zusätzlich zu ihrem eigenen Expert*innenwissen wertvollen Input für ihre Arbeit aus der Bürgerschaft. So kann sie ihre Entscheidungen besser an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientieren. Und wenn die Bürger*innen nach ihrer Meinung gefragt werden, kann dies am Ende die Akzeptanz der später umgesetzten Maßnahmen erhöhen.

Worin liegen die besonderen Chancen, aber auch Herausforderungen und Grenzen digitaler Beteiligungsprozessen mit Blick auf ihr Demokratiepotezial heute?

Ernst gemeinte Beteiligung – ob digital oder nicht – fördert den Diskurs und sieht in den Bürger*innen Expert*innen, deren Wissen von Bedeutung für die Projekte der Verwaltung ist. Für die Bürger*innen wird „die Verwaltung“, die für viele Menschen ein großer Apparat ohne Gesicht ist, zugänglicher: Sie erhalten einen Raum, um ihre Meinungen, Befürchtungen und Ideen zu kommunizieren. Beteiligung kann das gegenseitige Verständnis zwischen Verwaltung und Bürger*innen und das Vertrauen in deren jeweilige Kompetenzen stärken.

Wenn Bürger*innen Mitspracherecht in Entscheidungsprozessen erhalten sollen, müssen sie auf vielerlei Weise angesprochen werden. Räumlich und zeitlich festgelegte Angebote wie z.B. Bürgerversammlungen sind wichtig, schließen jedoch solche Menschen aus, die weniger mobil oder zeitlich stark eingebunden sind.

Online-Beteiligung macht politische Teilnahme flexibler, unabhängig von Ort und Zeit. Insgesamt bietet sie das Potenzial, einen größeren Kreis von Menschen zu integrieren, als dies „Offline-Veranstaltungen“ alleine tun können. Online-Beteiligung ist deshalb eine essentielle Ergänzung zu Veranstaltungen vor Ort.

Die Herausforderung ist es, Beteiligungsprozesse so zu gestalten, dass sie das Vertrauen von Menschen in das Handeln von Politik und Verwaltung und damit letztlich das Vertrauen in die Demokratie stärken. Bei der Umsetzung muss daher von vornherein klar gemacht werden, welche Rolle die Bürger*innen im Prozess spielen und welchen Einfluss ihre Meinungen auf den Ausgang der Entscheidungen haben. Immer wieder begegnen uns überzogene Forderungen der Bürger*innen, die ihre Idee umgesetzt sehen wollen und damit die Legitimation der Entscheidungen von gewählten Repräsentant*innen anzweifeln. Es ist aber nicht Sinn und Zweck von Beteiligung, die repräsentative Demokratie in Frage zu stellen. Vielmehr soll sie durch die Möglichkeiten, Meinungen und Argumente zu bestimmten Themen auszutauschen, die bestehende Demokratie ergänzen und stärken.

Was muss eine moderne Verwaltung leisten, welche Bedingungen muss sie erfüllen und welche Schritte unternehmen, um digitale Beteiligungsformate entstehen zu lassen?

In erster Linie muss der politische Wille da sein. Wir können Politik und Verwaltung noch so gute Software an die Hand geben, sie wird wirkungslos sein, wenn sie nicht mit guten Projekten befüllt wird. Und gut bedeutet vor allem, dass die Fragen für die Bürger*innen relevant sind und dass die eingebrachten Meinungen und Ideen tatsächlich berücksichtigt werden. Denn die Bürger*innen merken sehr schnell, wenn es sich um Alibi-Beteiligung handelt und die Gefahr groß ist, dass ihre Meinungen in der Schublade landen. Das mindert die Motivation, sich erneut zu beteiligen, ungemein!

Ist der politische Wille da, sollten Verwaltungsmitarbeiter*innen in zweierlei Hinsicht unterstützt werden: Zum einen, indem eine zentrale Software zur Verfügung gestellt wird, damit die technisch aufwändige Umsetzung von Online-Beteiligung nicht immer wieder neu ausgeschrieben und programmiert werden muss. Berlin hat das früh erkannt und von uns eine Plattform entwickeln lassen, die allen Verwaltungsmitarbeiter*innen zur Verfügung steht. Wenn der Quellcode der Software zudem öffentlich einsehbar ist, macht sich die Verwaltung unabhängig von ihrem Dienstleister. Neben einer Open-Source-Software benötigen die Mitarbeiter*innen bei Bedarf Schulungen, auch mit Blick auf die inhaltliche Umsetzung guter Beteiligungsverfahren. Denn Beteiligung muss gelernt werden und nicht jedes Beteiligungsprojekt gelingt. Wir brauchen Ausdauer, damit am Ende eine Beteiligungskultur wachsen kann. Damit würde sich die Vision unseres Vereins erfüllen!

© Europäische Akademie Berlin e.V., 2018
Der Artikel gibt die Auffassung des Autors wieder.

Kontakt

Europäische Akademie Berlin e.V.
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
+49 30 8959510
eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu